



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Ehrlicher bayerischer Einsatz für die Interessen der Deutschen aus Russland: Abschluss eines deutsch-russischen Sozialversicherungsabkommens engagiert vorantreiben!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Anliegen der Deutschen aus Russland gemäß den Beschlüssen auf Drs. 17/15450 und Drs. 17/15453 fortan mit der notwendigen Ernstlichkeit in den bayerisch-russischen Beziehungen zu vertreten und dementsprechend das geplante Sozialversicherungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation zum Bestandteil künftiger Gespräche mit der russischen Seite zu machen.

Begründung:

Im Februar 2017 forderte der Landtag die Staatsregierung in zwei Beschlüssen (Drs. 17/15450 und 17/15453) auf, den Abschluss des Sozialversicherungsabkommens (SVA) zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation zum inhaltlichen Bestandteil der künftigen bayerisch-russischen Beziehungen zu machen. Die angedachte Umsetzung beider Beschlüsse wird jedoch dem Ansinnen des Landtags keineswegs gerecht: Wie aus dem Bericht der Staatsministerin Emilia Müller vom 18.07.2017 hervorgeht, kann von einer inhaltlichen Priorisierung des SVA in den regionalen Beziehungen des Freistaates nicht ausgegangen werden. Es ist lediglich allgemein und floskelhaft davon die Rede, dass sich der Freistaat „in vielfacher Weise“ für die Interessen der Deutschen aus Russland einsetze und „sie bei passender Gelegenheit zur Sprache“ bringe. Auf die Nachfrage im Rahmen einer Schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn (Drs. 17/18195), ob diese wenig konkrete Aussage beinhalte, dass das SVA bei künftigen Gesprächen mit der russischen Seite konkret angesprochen werde, lautete die Antwort vom 13.09.2017 wie folgt: „Über den Inhalt künftiger Gespräche wird anlassbezogen und zeitnah zum Gespräch entschieden.“ Vor diesem Hintergrund bedarf es eines weiteren, konkretisierenden Beschlusses des Landtags. So soll sichergestellt werden, dass das SVA im Sinne der vielen in Bayern lebenden Deutschen aus Russland im Rahmen der regionalen Beziehungen zwischen Bayern und der Russischen Föderation zuverlässig zur Sprache gebracht wird.